

Papiersammlung: Ein Risiko zu viel für die Schule!

Papiersammlungen mit Schülerinnen und Schülern unterscheiden sich ganz wesentlich von traditionellen Spendensammlungen. Die Gefährdung der Teilnehmenden steht in keinem vertretbaren Verhältnis zum finanziellen Anreiz.

Im Mai 2007 verunfallte ein Schüler bei einer Papiersammlung in Buchrain tödlich. Er stürzte vom rückwärtsfahrenden Kehrlichtlastwagen und wurde von diesem überfahren. Die Richter verurteilten den Chauffeur und den Fuhrhalter wegen fahrlässiger Tötung. Ihnen sei bekannt gewesen, dass sich beim Papiersammeln jeweils sechs Schüler auf den Trittbrettern befanden. Die Lehrperson wurde im Jahr 2009

Billigend nehmen die Verantwortlichen der Gemeinde einen Unfall als mögliche Nebenwirkung in Kauf. Oft scheint diesen Behörden nicht bewusst zu sein, dass ihnen seitens der Gerichte und Versicherungen bei einem Unfall Eventualvorwurf vorgeworfen werden könnte.

freigesprochen. Ihre Pflicht habe während der Sammlung darin bestanden, im vorgegebenen Rahmen für Ordnung zu sorgen.

Aus Schaden wird man klug. Bezogen auf Papiersammlungen von Schülerinnen und Schülern gilt dieser Lehrsatz wohl nicht. Behörden, Schulleitungen und Lehrpersonen sollten eigentlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und es beim nächsten Mal besser machen. Die Realität ist jedoch eine ganz andere. Solche oder ähnliche Ankündigungen sind noch immer beinahe wöchentlich in der Regionalpresse zu lesen: «Die 6. Klasse sammelt am kommenden Mittwoch ab 7.00 Uhr Altpapier ein. Die Bevölkerung ist gebeten, die Zeitungsbündel kindergerecht zu schnüren.»

Papiersammlungen unterscheiden sich ganz wesentlich von den traditionellen Spendensammlungen von Schulen. Die Kinder und Jugendlichen sind den Gefahren des immer dichteren Strassenverkehrs unmittelbar ausgesetzt. Das Gefährdungsrisiko ist relativ hoch und immer wieder kommt es zu kleineren oder grösseren Unfällen.

Bereits wenige Monate nach dem tödlichen Ereignis von Buchrain empfahlen der schweizerische Gemeindeverband und die Fachorganisation Kommunale Infrastruktur den Gemeinden, den Sammelmodus zu überprüfen und nach Möglichkeit Lösungen ohne Beteiligung von Schülerinnen und Schülern auf Fahrzeugen und im Strassenraum zu finden. Die Aspekte der Sicherheit und Unfallverhütung sind aus Sicht dieser Verbände höher zu gewichten als die finanziellen Anreize.

Die Verantwortlichen von Schulen sollten sich bewusst sein, dass die Gerichte nicht

immer so milde urteilen werden wie im obigen Fall. Aufgrund zahlreicher Unfälle ist das Gefährdungsrisiko hinlänglich bekannt.

Den ausführenden Lehrpersonen scheint dies bewusst zu sein, doch manchmal stossen diese bei ihren Vorgesetzten auf keine Einsicht. So beantragte die Lehrerschaft in einer Solothurner Gemeinde, die Papiersammlung nicht mehr durch die Schulen durchführen zu lassen. Der Gemeinderat lehnte dieses Ansinnen jedoch mit der Begründung ab, dass durch die Auslagerung der Gemeinde ein namhafter Betrag entgehen würde. Der Auftrag an ein Profifunternehmen würde zudem zusätzliche Kosten verursachen. Kinder dienen in dieser Gemeinde wohl als günstige Arbeitskräfte, auf deren Gesundheit wenig Rücksicht genommen wird.

Billigend nehmen die Verantwortlichen der Gemeinde einen Unfall als mögliche Nebenwirkung von Papiersammlungen in Kauf. Oft scheint diesen Behörden nicht bewusst zu sein, dass ihnen seitens der Gerichte und Versicherungen bei einem Unfall Eventualvorwurf vorgeworfen werden könnte.

Dies hat für die Verantwortlichen sowohl straf- als auch zivilrechtliche Folgen. Versicherungen zahlen in der Regel nicht, mit Verweis auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, welche Eventualvorwurf regelmässig ausschliessen. Die Gemeinde könnte somit auf einen fehlbaren Gemeinderat durchaus finanziellen Rückgriff, den sogenannten Regress nehmen. In der Praxis müssten die Verantwortlichen einen Teil des Schadens aus dem eigenen Vermögen bezahlen.

Lehrpersonen ist zu empfehlen, bei den Schulbehörden

schriftlich auf das Risiko hinzuweisen. Die Teilnahme an der Papiersammlung können sie jedoch nicht verweigern, da sie in solchen Fällen den Weisungen des Arbeitgebers Folge zu leisten haben.

Zahlreiche Gemeinden haben reagiert und Papiersammlungen mit Schülern ganz abgeschafft. Das Risiko steht für alle Beteiligten in keinem vertretbaren Verhältnis zum Gewinn. Die kleine Gemeinde Rapperswil im Kanton Bern zeigt, wie eine jahrelange Schultradition den neuen Gegebenheiten angepasst werden kann. Auch in dieser Gemeinde kam es zu gefährlichen Situationen beim Papiersammeln. Die Verantwortlichen haben jedoch nicht gewartet bis etwas passierte, bevor sie handelten.

Die Papiersammlungen funktionieren in dieser Gemeinde nach dem Bring-System. An jeweils zwei aufeinanderfolgenden Tagen können die Einwohner ihr Papier in bereitgestellte Container bei zwei Sammelstellen vorbeibringen. Die Oberstufenschüler helfen mit, das Papier zu ordnen. Für Personen, die keine Möglichkeit haben, das Altpapier selber zu bringen, organisiert die Schule einen Hol-Service. Ein gutes Beispiel, das hoffentlich noch viele Nachahmer finden wird.

Peter Hofmann
www.schulrecht.ch

Noch aktuell?

Zahlreiche im Internet auffindbare Merkblätter zu Papiersammlungen wurden vor dem Unfall in Buchrain publiziert. Die darin enthaltenen Aussagen dürften aus heutiger Sicht nicht mehr zutreffen.